Zustimmung für die sogenannte wirtschaftliche Selbständigkeit. Es liegt also ein Kompromiß in der Luft etwa in dem Sinne, daß das vom Abgeordnetenhaus beschlossene Pluralwahlrecht etwas abgebaut, die Sicherungsmauer aber noch höher aufgebaut wird.

Unter Sicherungen versteht man, um ausdrücklich daran zu erinnern, Verfassungsbestimmungen, durch die das Beschlußrecht der zu bildenden Volkskammer empfindlich eingeschränkt wird, einesteils indem die Rechte des Herrenhauses erweitert werden, und zweitens, indem für wichtige Beschlüsse eine Zweidrittel- oder Dreiviertelmehrheit gefordert wird. Das hätte die Folge, daß eine bis an das Zweidrittel heranreichende Parlamentsmehrheit vollkommen ohnmächtig wäre und das eigentliche Entscheidungsrecht dem Herrenhaus und der auf der Rechten sitzenden Minderheit des Abgeordnetenhauses verbleiben würde.

Die Regierung müßte aber wahrlich von allen guten Geistern verlassen sein, wenn sie sich auf einen solchen Schacher mit Volksrechten einlassen will. Es gäbe keinen schlagenderen Beweis für die Unfähigkeit, mit der das Reich in der allerschwersten Zeit regiert wird, als einen Versuch, einen in dieser Stunde unternommenen Versuch, die preußische Wahlrechtsbewegung mit einem faulen und hinkenden Kompromiß abzuschließen. „Wehe dem Staatsmann, der die Zeichen der Zeit verkennt!" rief einst Bethmann-Hollweg. Gründlicher aber könnten die Zeichen der Zeit nicht verkannt werden, als durch den Versuch zu solch einem Kompromiß.

Was hat die Regierung jetzt zu tun? Sie hat jetzt zu erfüllen, daß das königliche Wahlrechtsversprechen vom 11. Juli 1917 in seinem vollen Wert, ohne jeden Abzug, ohne alles Feilschen und Schachern eingelöst werden wird. Sie hat dem Herrenhaus zu sagen, daß alle Beratungen, die an diesem unausweichlichen Ergebnis vorbeischlüpfen wollen, nichts als müßiger Zeitvertreib sind. Sollte das hohe Wunder geschehen, daß das Herrenhaus die Wahlreformvorlage von allem reaktionären Ballast befreit wieder herstellte, so könnte die Regierung dann mit dieser gereinigten Vorlage gleichsam wie mit einer letzten Warnung vor das Dreiklassenhaus treten. Aber dies Wunder wird nicht geschehen. Und so bleibt der Regierung gar nichts andres übrig, als die zu erwartenden Beschlüsse des Herrenhauses mit der gebührenden Hochachtung in irgendeine Schublade zu versenken und das Abgeordnetenhaus aufzulösen.

Seitdem sich die englische Regierung entschlossen hat, noch während des Krieges allgemeine Parlamentswahlen vornehmen zu lassen, können Bedenken gegen preußische Landtagswahlen schon gar nicht mehr gelten. Die verwaltungstechnischen Schwierigkeiten preußischer Landtagswahlen sind gegenüber jenen der englischen Parlamentswahlen geradezu winzig: erstens weil eine viel geringere Wählerzahl in Frage kommt und zweitens weil Preußen ein geschlossenes Ganze bildet und mit der deutschen Front, die natürlich auch mit wählen muß, in engster Verbindung steht, während England sich seine Soldatenwähler in allen Erdteilen zusammensuchen muß. In England handelt es sich zudem um die Entscheidung über die allgemeine Politik, die größten Fragen der Zukunft, in Preußen dagegen um ein Einzelproblem, das wahrlich schon genug geklärt ist und dessen gerechte Lösung nur vom Klasseninteresse einer winzigen Minderheit verhindert wird.

Auf alle Fälle soll sich die Regierung darüber klar werden, daß alle Kompromißabsichten hinfällig geworden sind, daß das bloße Spiel mit ihnen ein Spiel mit dem Feuer ist, und daß jede preußische Regierung vor der Geschichte als völlig unfähig dastehen wird, der die Kraft fehlt, sich in dieser Stunde zu einer ganzen Tat aufzuraffen.

Bolschewistischer Vormarsch in Sibirien.

Anglo-Franzosen, die sich mit den Tschecho-Slowaken vereinigen wollten, erlitten in der Richtung auf Onega eine schwere Niederlage. Unsre Truppen schreiten vorwärts und besetzten die Station Tschekujewo, 80 Werst vor Archangel und zwischen Onega und Obozerskj gelegen. Außerdem fiel ein Dampfschiff des Gegners in unsre Hand. Oestlich von Obozerskj wurde der Feind vor dem Dorfe Seleglaja zurückgeschlagen. Die Versuche unsres Feindes, im Kalamanon vorwärts zu kommen, scheiterten an der Standhaftigkeit unsrer Truppen, die die Dörfer Jhnskaja und Sochowo besetzten und zwei Geschütze und drei Maschinengewehre erbeuteten. — Aus Woronesch wird gemeldet, die sibirische Regierung arbeite einen Plan aus für die Zuteilung von Landbesitz an die Tschecho-Slowaken, die an den Kämpfen gegen die Sowjetherrschaft teilgenommen haben.

Die Morningpost meldet aus Wladiwostok: An der Ussuri-Front kam es zu heftigen Kämpfen zwischen den tschecho-slowakischen Truppen und den Bolschewiki. Es stellte sich heraus, daß die Russen bedeutende Verstärkungen erhalten hatten und noch fortwährend erhalten. Die Front der Tschecho-Slowaken wurde aufs neue zurückgenommen.

Von der nordkaukasischen Front wird in Moskau berichtet: Wir besetzten nördlich von Zarizin das Dorf Peltschanka, wobei der Gegner zehn Maschinengewehre verlor. Den letzten Mitteilungen zufolge besetzten unsre Truppen die Stadt Derbent. Die offiziellen Meldungen von der Kaukasusfront berichten von einer wohlwollenden Stimmung der Bevölkerung der Sowjetregierung gegenüber. Die Mobilmachung der Bauern und Kosaken geht erfolgreich vorwärts. Sie treten freiwillig der Roten Garde bei. In unsren Abteilungen herrscht eine mustergültige Disziplin. Während unsre Truppen alle requirierten Produkte bezahlen, zertrümmern die Banden der Kadetten die Lebensmittelläden und rauben Eßwaren und Geld. Unter den Offizieren befinden sich viele Deserteure, die der Kadettenarmee entflohen sind. Alle diese Ereignisse sprechen von der Disziplinlosigkeit der gegenrevolutionären Kräfte.

•

Admiral Kolschak Führer der russischen Flotte in Wladiwostok

Stockholm, 22. August. Die französische Gesandtschaft in Wladiwostok setzte den in Charbin weilenden Admiral der Schwarzen-Meer-Flotte Kolschak davon in Kenntnis, daß er die Führung der in dem Hafen von Wladiwostok liegenden russischen Flotte sofort zu übernehmen habe. Kolschak ist nach Wladiwostok abgereist.

•

Moskauer Nervosität.

tu. Stockholm, 22. August. Am vergangenen Sonnabend wurde die Bevölkerung in Moskau von einer großen Panik ergriffen. Alle Banken, die Börse und andere Institute wurden durch die Nachricht alarmiert, daß die sozialrevolutionären Memeurs den angekündigten Aufstand begonnen hätten. Diese Nachricht ist dadurch entstanden, daß in einem Stadtteil auf ein Auto, in dem man einen Volkskommissar vermutete, ein Bombenattentat unternommen wurde. Die Bevölkerung lebt jetzt in einer fieberhaften Angst, daß das kleinste Anzeichen einer antibolschewistischen Bewegung sie in Schreck und Panik versetzt.

•

Die letzten Entente-Gesandten verlassen Moskau.

tu. Stockholm, 22. August. In Moskau befinden sich gegenwärtig nur noch einige Gesandtschaftsmitglieder der neutralen Staaten. Im Laufe der vergangenen Woche haben der chinesische, der persische und der siamesische Gesandte Moskau verlassen.

•

Aufruf des Petrograder Sowjets.

Das Präsidium des Petrograder Sowjets veröffentlichte folgenden für die russischen Verhältnisse bezeichnenden Aufruf:

„Die Feiglinge und Feinde der Arbeiterklasse wenden sich an die Arbeiter, die für die Mobilisation in Petrograd tätig sind, und raten ihnen, sie möchten die Mobilisation in Petrograd verschieben, weil sie in Moskau auch verschoben worden sei. Wir machen die Arbeiter darauf aufmerksam, daß in Moskau die Mobilisation einiger Jahrgänge schon erfolgt ist; die weitere Mobilisation ist nur aus technischen Gründen auf einige Tage verschoben worden.

Die Verräter der Arbeitersache sagen ferner: „Wir würden der Armee beitreten, wenn wir gegen die Deutschen kämpfen sollten." Das sind alles Kniffe, hinter denen sich Feigheit und Verrat verbergen.

Die Sowjetregierung wird jeden niederkämpfen, der in unsre Freiheit und unsre Abhängigkeit eingreifen will.

Die Sowjetregierung betont, daß jeder, der auf dem Sammelplatz nicht erscheint, sich vor dem Revolutionstribunal zu verantworten haben wird, und fordert die Arbeitergenossen auf, jene Elemente durch Ausschluß aus den Arbeitsverbindungen zu kennzeichnen."

Die Verfassungsfeier in Baden.

Zusammenarbeit der Völker.

Am Donnerstag wurde in Baden eine Feier zum Gedächtnis der Einführung der Verfassung vor hundert Jahren veranstaltet. Den Mittelpunkt der Veranstaltungen bildete eine Feier im Karlsruher Ständehause in Anwesenheit des Großherzogs. Der Präsident der Ersten Kammer, Prinz Max von Baden, hielt eine längere Ansprache, in der er die Wirkungen der Verfassung von 1818 für die Entwicklung des politischen und wirtschaftlichen Lebens in Baden hervorhob und sodann eine Betrachtung über den gegenwärtigen Krieg anstellte. Hierüber führte er folgendes aus:

„Der Krieg hat tief gegraben und Schätze seelischer Kraft in unserm Volke gehoben, die vor dem Kriege mancher Zweifler nur einer heroischen Vergangenheit zutraute.

Aber im Gefolge eines jeden schweren und langen Krieges sind bisher immer moralische Volkskrankheiten einhergegangen. Es wäre vermessen, zu glauben, daß irgend eine kriegführende Nation unberührt bleiben kann. Diese Gefahren bedrohen auch uns. Aber sie können beschworen werden, wenn die geistigen Führer sich ihrer Aufgabe bewußt bleiben, in Platos Sinne Wächter und Aerzte der Volksseele zu sein.

Schlimm stände es um die Nationen, die glaubten, die Fackel der christlichen Gesinnung während des Krieges senken zu dürfen in der Hoffnung, sie nach dem Frieden noch lebendig und stolz wieder erheben zu können. Ein solches Land hätte seinen Posten als Fackelträger der Gesittung verloren.

In jedem Lande gibt es Tendenzen, die diese Sorge wenig bekümmert. Ja, die feindlichen Regierungen erblicken ihre nationale Aufgabe darin, die Gesinnungen des Hasses und der Rachsucht in dem Frieden hinüberzuretten und durch Abmachungen zu verankern, die aus dem kommenden Frieden eine Fortsetzung des Krieges mit veränderten Mitteln machen wollen. Lächerlich! Das wäre ein schlechter Berater der deutschen Nation, der uns aufforderte, uns ein Beispiel an Clemenceau und Lloyd George und ihrem neuen Heldentum zu nehmen. Da ist es tröstlich für uns, zu wissen, daß Eure Königliche Hoheit, getreu dem großen mütterlichen Vorbilde, unsrer ehrwürdigen Großherzogin Luise, die Aufgabe aller führenden Kräfte in Deutschland darin sehen, die in Jahrtausende langem geistigen Ringen bewährten und erprobten sittlichen Werte, an die wir im Frieden mit jeder Faser unsres Wesens glaubten, auch im Kriege treu zu bewachen.

Unsre Art und unsre geschichtliche Entwicklung zeigen uns den Weg zu dieser Wächterrolle. Die Verfassung Deutschlands ermöglicht uns die Selbstbesinnung. Wir sind nicht gezwungen, in jeder vorübergehenden Aufwallung der Volksleidenschaft, in jedem Auf- und Niederschwanken der Stimmung eine unerträgliche Offenbarung des Volkswillens zu sehen, der wir unter Gewissen zum Opfer zu bringen haben. Mobherrschaft, Lynchjustiz, Boykott Andersdenkender, Pogrome gegen Fremde und wie die deispotischen Gewohnheiten der westlichen Demokratien alle heißen mögen, werden hoffentlich unserm Wesen immer so fremd bleiben wie unsrer Sprache.

Es mag sein, daß die Engländer, Franzosen und Amerikaner wirklich an das Zerrbild Deutschlands glauben, das ihnen ihre verhetzende Propaganda vorspiegelt. Wir kennen unsre Feinde, wie sie uns nicht kennen und nicht kennen wollen. Wir vermögen zu unterscheiden. Darum ist es unsre Pflicht, gerecht zu urteilen und nicht zu überbieten, wenn gegen Aeußerungen niedrigster, roher Gesinnung bei unsren Feinden aus der Tiefe ihrer Völker selbst zornige Abwehr aufsteigt.

Solche Freiheit des Urteils war uns nicht immer gegeben. In jahrhundertelangem Bruderzwist hatten wir die Periode der Unduldsamkeit durchzukämpfen und zu überwinden. Die Schlichtung der inneren staatlichen und religiösen Gegensätze in Deutschland ist im Kriege eine geistige Vorbereitung für eine Zusammenarbeit der Völker geworden. Konnte doch die Einheit des Deutschen Reiches nur gelingen, weil der Glaube an dieses Ideal selbst in den ganz verdüsterten Zeiten deutscher Geschichte niemals erloschen war.

So sollten auch alle diejenigen, die das ferne Ziel des Miteinander der Völker ehrlich im Herzen tragen, nicht den Glauben an ihre große Hoffnung verlieren, mag sie uns auch die gegenwärtige Gesinnung unsrer Feinde und das Wort Lion der Nationen noch so verdächtig erscheinen lassen.

Noch ist Krieg. In England, Frankreich und Amerika erhebt schamloser denn je der Vernichtungswille sein Haupt. Ihre alten längst zusammengebrochenen Illusionen tauchen wieder auf. Sie werden wieder zusammenbrechen. Wir haben es nicht nötig, uns zur Einigkeit zu ermahnen. Jede Handlung, jede Rede der feindlichen Regierungen ruft uns zu: Schließt die Reihen!"

Aus der Erwiderung des Großherzogs sei folgende Stelle bemerkt: „Auch ich gebe mich der Hoffnung hin, daß die Zukunft ein gegenseitiges Verstehen unter den jetzt feindlich sich bekämpfenden Völkern eine auch innere Versöhnung herbeiführen wird. Nur Zeit aber müssen wir im Kampfe durchhalten und uns im Innern fest zusammenschließen."

Der Großherzog betonte auch, daß das Verfassungsleben nicht stillsteht und daß die Verfassung weiterzubilden ist, wenn und soweit der Wandel der Zeiten es erfordert.

Zu Solfs Rede.

Der Manchester Guardian bespricht Dr. Solfs Rede. Das Blatt meint, man habe es hier wahrscheinlich mit dem Anfang des Propagandafeldzuges zu tun, den die deutsche Presse so dringend angeraten habe und fährt dann fort: „Die Rede war besser als verschiedene andre deutsche Reden, aber sie ist nicht aufrichtig. So behauptet Solf zum Beispiel, Balfour habe die Annexion der deutschen Kolonien durch England angekündigt. Balfour habe aber nur gesagt, die deutschen Kolonien würden nicht an ein Deutschland zurückgegeben werden „wie es jetzt ist", sondern nur an ein andres Deutschland, das bereit ist, an den friedsamen Arbeiten der Zivilisation teilzunehmen. Man sagt Solf allerdings, daß wir es jetzt schon mit diesem andern Deutschland zu tun hätten. Diese Behauptung zeigt aber wieder einen verwunderlichen Mangel an Aufrichtigkeit. Solf verteidigt die Verträge von Brest und Bukarest. Was er darüber sagt, ist selbst für Deutschland ein wenig zu törichtlich. Denn auch in Deutschland dringt die Erkenntnis durch, daß diese Verträge ein Verbrechen und eine Dummheit waren. „Wir wollen", schließt der Artikel „an Solfs guten Willen nicht zweifeln, aber die neue Welt muß durch die Wahrheit anbrechen. Einen andren Weg gibt es nicht."

Wenn Manchester Guardian dem Staatssekretär Solf nachsagt, er sei in seiner Rede unaufrichtig gewesen, indem er die Worte Balfours falsch wiedergegeben habe, so ist festzustellen, daß die Rede Balfours bei uns lediglich in der Form bekanntgegeben worden ist, wie sie Solf zitiert hat. Es wäre gewiß wünschenswert, wenn Vorsorge getroffen wird, daß die Reden der Regierungsvertreter völlig korrekt übertragen werden, welcher Wunsch ebenso seine Berechtigung hat für die Wiedergabe deutscher Reden in England wie umgekehrt. In der Sache selbst aber ist das, was Balfour nach dem Manchester Guardian gesagt hat, auch nichts Besseres. Balfour müßte doch sagen, was das für ein „andres Deutschland" sein soll, dem er die Kolonien wiedergeben kann. Offenbar meinte er ein Deutschland, das die Weltherrschaft Englands uneingeschränkt anerkennt. Denn an den inneren Einrichtungen Deutschlands wird die englische Regierung kaum viel Interesse haben, die englische Regierung, die sich ebenso gern mit dem russischen Zarismus verbündet hat wie mit irgendwelchen kapitalistischen Demokratien.

• • •

Eine Aeußerung Hendersons.

b. Aus London wird gemeldet: „Artur Henderson, der von Reuters Vertreter über die von der deutschen sozialistischen Mehrheit aufgestellte Grundlage für etwaige Unterhandlungen und eine internationale Konferenz befragt wurde, erklärte, von Troelstra sei ihm jetzt die Ueberzeugung beigebracht worden, daß, solange die deutschen Mehrheitssozialisten ihre Ansichten über Schadenersatz an Belgien und Rückgabe Elsaß-Lothringens nicht änderten, die Sozialisten der Alliierten auf eine interalliierte Konferenz verzichten müßten."

Es liegt wohl ein Uebermittlungsfehler vor und muß statt „interalliierte Konferenz" internationale Konferenz heißen. Auch sonst klingt die Meldung sehr mißverständlich. Es scheint, als solle sie auch die Meinung Troelstras wiedergeben. Troelstra ist jedoch wie bekannt ganz andrer Ansicht, als die ist, die Henderson jetzt äußert. Henderson knüpft Vorbedingungen an eine internationale sozialistische Zusammenkunft, die unerfüllbar sind. Es wäre ungefähr ebenso, wie wenn wir deutschen Sozialdemokraten verlangen würden, es solle eine internationale Konferenz nur dann stattfinden, wenn die englische Arbeiterpartei von vornherein auf Irland und Aegypten verzichten würde. So geht es nicht!

Englische Stimmen für den Wirtschaftsfrieden.

Zur Frage der deutsch-englischen Beziehungen schreibt der englische Friedensfreund Henry Noel Brailsford im Augustheft 1918 der Züricher Monatsschrift Das neue Europa: Nach dem Kriege wird das alte Problem des maritimen und kommerziellen Wettbewerbs zwischen England und Deutschland wiederkehren; es wird unerläßlich sein, daß wir verstehen lernen, warum die Deutschen, wenn sie die freie Ausdehnung Englands, Frankreichs, Rußlands zu Weltreichen wahrnehmen, in unsrer überragenden Seemacht eine Fessel für ihre eigene Ausbreitung in der Welt erblicken. Eine besonders große Rolle spielt hierbei die Kohlenstoffbeschlagnahmefrage. Sollte man wirklich versuchen, die bekannten „Pariser Beschlüsse" vom Juni 1916, diese ungerechte Knebelungspolitik, die allerdings kaum durchführbar ist, zu verwirklichen, so wäre das schon deshalb vom Uebel, weil dann die Kohlenfrage der ganzen Weltpolitik ihren Stempel aufdrücken würde, indem der schwere Wirtschaftskampf zur Vorbereitung neuer Militärkriege führen müßte, da Deutschland sich mit dem kommerziellen Erwürgungstod wird abfinden können. Die Pariser Beschlüsse sollten daher auf dem Papier bleiben. Man sollte zur Politik der offenen Tür zurückkehren, und zwar mit voller Ehrlichkeit und Loyalität. Großbritannien möge daher zu seiner versöhnlichen Politik der letzten Friedensjahre zurückkehren; möge es nach dem Kriege ernstlich versuchen, durch endgültige Vereinbarungen seine Seemacht mit wirklicher Handelsfreiheit, also auch mit den vernünftigen Ausdehnungsansprüchen andrer zu verbinden. Es muß den Deutschen Raum gewähren für ihre berechtigten Bestrebungen im Welthandel, ihre Ansiedlungen, ihre Beteiligung an der wirtschaftlichen Entwicklung Chinas und der Türkei, wenn es nicht die schwere Verantwortung auf sich nehmen will, unsren „Marinismus" auf der Anklagebank der Geschichte zu sehen und zum Ausgangspunkt einer uns und unsre Kinder arg bedrückenden Rüstungslast — zur Verteidigung unsrer ungerechten Ausschließung Deutschlands vom Weltmarkt zu machen, die schließlich nicht einmal mit Sicherheit zu verhüten vermag, wofür wir kämpften: die Möglichkeit weiterer Kriege.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19180823/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG